

2819/J XXI.GP
Eingelangt am: 26-09-2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Helmut Dietachmayr
und Genossen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend Schattenwirtschaft

Die Aufrechterhaltung des Sozialsystems ist ein wesentliches Bedürfnis der österreichischen Bevölkerung. Die finanziellen Probleme im Bereich der Sozialversicherung werden unter anderem auch durch die immer stärker wachsende Schattenwirtschaft verursacht. Nach einer Studie des Linzer Professors Friedrich Schneider werden in Österreich jährlich zirka zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das sind mehr als 290 Milliarden Schilling, hinter dem Rücken des Finanzministers und der Sozialversicherung durch Pusch erwirtschaftet. Österreich zählt zwar immer noch zu den "Musterschülern" der OECD - Länder. In Griechenland oder Italien werden knapp 30 Prozent des BIP schwarz erwirtschaftet. Selbst die skandinavischen Länder sollen weit über der österreichischen "Puschquote" liegen.

Neben den klassischen Pusch - Branchen wie Bauwirtschaft oder KFZ - Dienstleistung bahnt sich auch in anderen Gebieten, wie im IT - Bereich, ein potenzieller Schwarzmarkt an. Laut dem Linzer Volkswirt Schneider wurden z.B.: im Tourismus 1999 43 Milliarden Schilling schwarz erwirtschaftet, in Gewerbe und Industrie 40 Mrd. und allein 38 Milliarden Schilling nahmen Nachhilfelehrer, Babysitter oder Friseur ein.

Oft werden den Arbeitnehmern von den Arbeitgebern nicht alle geleisteten Stunden abgegolten, was „schlicht Sozialbetrug“ ist. Laut Geschäftsbericht der OÖ Arbeiterkammer wurden alleine in Oberösterreich im Jahr 2000 63,2 Millionen Schilling erstritten. Im Bereich der geringfügig Beschäftigten, wird häufig die über die Geringfügigkeitsgrenze gehende Arbeit schwarz abgegolten.

Eine Lösung des Problems ist sowohl im Interesse der Unternehmer, die auf illegale Schwarzarbeit verzichten, als auch der Sozialversicherung dringend geboten.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

ANFRAGE

1. Worin sehen Sie die Ursachen für den immer größer werdenden Umfang der Schattenwirtschaft?
2. Wie hoch beurteilen Sie die Verluste für die Sozialversicherung die durch die Schattenwirtschaft verursacht werden?
3. Welche konkreten Schritte werden Sie gegen die Schattenwirtschaft unternehmen?
4. Befürworten Sie den Ausbau der Kontrollbefugnisse im Bereich der Arbeitsinspektorate?
 - a. Falls nein, warum nicht?
 - b. Falls ja, wie stellen Sie sich den Ausbau der Kontrollbefugnisse der Arbeitsinspektorate vor?
5. Befürworten Sie stärkere Strafen für Unternehmer, die Schwarzarbeiter beschäftigen bzw. "Sozialbetrug" in der Weise betreiben, dass den Arbeitnehmern nicht alle geleisteten Stunden abgegolten werden?
 - a. Falls nein, warum nicht?
 - b. Falls ja, wie stellen Sie sich eine verschärfte Vorgangsweise gegen die „Schwarzunternehmer“ vor?
6. Welche Maßnahmen werden in unseren Nachbarstaaten gegen den Pfusch ergriffen, die Ihrer Meinung nach in Österreich übernommen werden könnten?